



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Kathrin Sonnenholzner, Ruth Müller, Kathi Petersen, Doris Rauscher SPD**

Drs. 17/1638, 17/2593

Weiterentwicklung der Suchtkrankenhilfe und Suchtprävention

Die Staatsregierung wird aufgefordert, im Ausschuss für Gesundheit und Pflege umfassend über den aktuellen Stand ihrer Drogen- und Suchtpolitik zu berichten.

Dabei soll die Staatsregierung unter anderem auf die folgenden Fragen eingehen:

1. Welche Erfahrungen hat die Staatsregierung mit den „Grundsätzen der Bayerischen Staatsregierung für Drogen und Suchtfragen“ vom 12. Juni 2007 gemacht?
2. Wie beurteilt die Staatsregierung den Erfolg ihrer Maßnahmen gegen den übermäßigen Alkoholkonsum, insbesondere bei Jugendlichen?

3. Wie beurteilt die Staatsregierung das differenzielle Suchtpotenzial von Alkohol, Nikotin, Cannabinoiden, Opioiden, Amphetaminen und Kokain? Bitte bei der Antwort auf Ergebnisse von aktuellen Metastudien aus der Suchtforschung Bezug nehmen!
4. Welche Erkenntnisse hat die Staatsregierung zu aktuellen Erfahrungen mit Drogenkonsumräumen in anderen Bundesländern und EU-Staaten? Welche Schlussfolgerungen zieht die Staatsregierung aus diesen Erkenntnissen im Hinblick auf ihre Haltung zu Drogenkonsumräumen?
5. Welche Erkenntnisse hat die Staatsregierung zu den Auswirkungen der Legalisierung von Cannabis in Uruguay sowie den US-Bundestaaten Washington und Colorado? Wie bewertet die Staatsregierung diese Erkenntnisse im Hinblick auf ihre Position zur Legalisierung von Cannabis?
6. Wie schätzt die Staatsregierung den Erfolg ihrer Maßnahmen zur Vernetzung von Hilfsangeboten ein?
7. Wie hoch waren die seit 2007 für die Suchtprävention und Suchtkrankenhilfe im Staatshaushalt veranschlagten Mittel? Bitte nach Haushaltsjahren differenziert angeben! Wie hoch war jeweils der Anteil der Mittel für Suchtkrankenhilfe und Suchtprävention an den gesamten Haushaltsmitteln?
8. Wann plant die Staatsregierung eine Überarbeitung und Neuausrichtung der mittlerweile sieben Jahre alten Grundsätze für Drogen und Suchtfragen?
9. Wie will die Staatsregierung die Probleme der Substitution sowohl im medizinischen als auch im juristischen Bereich lösen?

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident